

Salpeter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Bernburgerode.

Die sozialdemokratische Partei hat am 22. November 1927 in Bernburgerode eine außerordentliche Parteiversammlung abgehalten. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahre. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahre. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahre.

Am 22. November 1927 in Bernburgerode. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahre. 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahre. 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahre.

Nr. 274.

Mitwoch, 23. November 1927.

2. Jahrgang.

Strejemann in Braunschweig.

Am kommenden Sonntag finden in Braunschweig Landtagswahlen statt. Das ist vielleicht auch ein Grund mit dafür gegeben, daß der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei dort gestern zusammengetreten ist, um zu den politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Eine besondere Bedeutung hatte diese Veranstaltung dadurch, daß Strejemann selbst in höchst eigener Person erschienen war, und sich zu den schwebenden Fragen der Reichspolitik äußerte.

Für die Volkspartei ist die Schlußfrage eine der bestellten. Schließlich unterbreitet sich die Deutsche Volkspartei von der deutschnationalen doch nur dadurch, daß sie in Schlußfragen nicht ausschließlich den Standpunkt der Kraußunter gelten läßt, daß die Kinder des Volkes nur so viel Bildung brauchen, wie zum Weitervergehen notwendig ist. Die Partei der Schwerindustrie weiß sehr wohl, daß von einem intelligenten Arbeiter aus wesentlich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt abhängt. Immerhin muß die Volkspartei, wenn sie in ihrem Koalitionsgesellen nicht überleben will, auch auf die realen Wünsche des Proletariats und der Bauernschaft Rücksicht nehmen.

So haben gerade bei der Zentralvorstand in Braunschweig gefaßt eine Entschlossenheit zurückschreiben, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Deutsche Volkspartei auf der Grundlage der Reichsverfassung für eine liberale Ausgestaltung der Schulwesen eintritt und gemäß ihrer auf dem Leipziger Parteitag 1919 proklamierten festgesetzten Grundzüge die Durchführung folgender Grundzüge erstrebt:

1. Erneuerung des Wertes der Simultanlehre, keine funktionelle Verengung, weil davon eine Verhärtung der funktionellen Grenzen durch eine lehrerliche Förderung der weltlichen Schule zu befürchten ist, unbedingte Erhaltung der Berufsschulen in den Simultanländern, Erhaltung einer zweifachen christlichen Schulform durch die christliche Gemeinschaftsschule, deutliche Klärung des Begriffes ordentlicher Schulbetrieb, daß nicht nur keine Zwergschulen errichtet werden dürfen, sondern auch möglichst die bestehenden eingeschränkt und eine weitere Steigerung unserer Bildungsböhe ermöglicht wird, Mitarbeit der Gemeinden bei Antragsverfahren schon aus finanziellen Gründen.

Dem entsprechend stellt die Deutsche Volkspartei folgende fünf Forderungen auf:

1. Hebung der Schulqualität der funktionellen Volksschulen in ihrer geschichtlich geborenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultan.
 2. Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Schule an die christliche Simultanlehre.
 3. Sicherung der Lehrfreiheit gegen jeden Versuch einer funktionellen Verengung des gesamten Unterrichtes in der Volksschule.
 4. Unbedingte Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme eines Schulverbandes.
 5. Volle Schülererhaltung der Schulzeit des Staates auch für den weltlichen Unterricht.
- Zum Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nur einem Geheiß zustimmt, daß den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht.
- Diese Entschlossenheit macht den Epigonen der Fraktion Drobische alle Ehre. Das mag selbst auch Strejemann fühlen, der gestern eben in einer Wahlversammlung in Braunschweig erklärte, daß man den Beschlüssen des Zentralvorstandes zum Reichstagsfähigkeits werden nachgehen werde, sich jedoch Volkspartei treuhaft. Die Partei entscheidet sich, so fügte Strejemann hinzu, aber erst am für die Reichstagsfähigkeit, noch allein für die Simultanlehre.

Mit anderen Worten, sie sucht es allen recht zu machen, was bekanntlich meistens daneben geht. Um Bildungsausgleich des Reichstages haben jedenfalls die Vertreter der Deutschen Volkspartei alle Reagenen einer freien Schule mit Zentrum und deutschnationalen zusammen niederknien und sich im Interesse der Koalition um das nationale und liberale Bildungsideal „Rudolf von Bennigsen“ wenig gekümmert. Trotz aller schönen Erklärungen werden sie nach wie vor für die Redewelt eintreten.

In Braunschweig ist der Befürworter der „Stahlhelm“ eine ganz besondere Rolle. Bennigsen nicht gefaßt sein soll, daß wirklich Nachbarn hinter ihm stehen. Bei der vorigen Landtagswahl konnte der „Stahlhelm“ das Resultat allerdings noch wesentlich beeinflussen. Anzweifeln ist aber unter der glänzenden Führung des Herrn Wittenhaug eine Spaltung eingetreten, die dazu geführt hat, daß die „Frontkämpfer“ müde bekämpfen.

Sie haben also tatsächlich auch in Braunschweig nichts mehr zu melden. Trotzdem haben sie sich an die sämtlichen „nationalen“ Parteien gemacht mit der Anfrage, wie sie zum Damesortrat und der ganzen Strejemannschen Außenpolitik finden, die von ihnen lebensschädlich befürchtet wurde. Die deutschnationalen in Braunschweig haben dem Stahlhelm natürlich eine zugegebene Antwort gegeben, obwohl die deutschnationalen Minister im Reich täglich gegen sämtliche Stahlhelmforderungen protestieren.

Mit dieser Sache befaßte sich gestern Abend Strejemann auch in der Braunschweiger Wahlversammlung. Er meinte, daß es ein umfangiges Verlangen wäre, sich von der bisherigen Außen-

politik abzuwenden. Wenn die Deutschnationalen Braunschweigs dem Stahlhelm mitgeteilt hätten, daß sie die Bedingungen des Braunschweiger Stahlhelms anerkennen, so befänden sie sich damit in großen Widerspruch zu ihrer Reichsparteileitung, denn, wenn die Deutschnationalen selber — Strejemann — Außenpolitik nicht zugestimmt hätten, dann läßen sie gar nicht in der Koalition.

Über den Bestand der Regierungskoalition erklärte Strejemann: „Wir haben bis ich Außenminister drei Jahre lang hatten wir Weimader eine Krise. Ob diese Koalition bis an das Ende des Reichstages bestehen bleibt, vermag niemand zu sagen. Gemächlich kommt zu Weimader die Krise. Die Ehe mit den Deutschnationalen ist keine Liebeshe, sondern eine Verunreinigung und 25 Jahre lang wird sie sicher nicht dauern.“

Wichtig wird diese Ehe noch nicht einmal mehr ein Jahr dauern, denn selbst Strejemann sprach zum Schluß die Ansicht aus, daß vorzeitige Neuwahlen zum Reichstage nicht ausgeschlossen seien.

Zus ihrer Bedeutung möchte man ersehen, wie notwendig es ist, sich jeden Tag schlagfertig zu halten.

Die Republik darf behimpft werden.

Entscheidung des Reichsgerichtes.

Leipzig, 22. November. (Ein. Funke). Der Chefredakteur der Berliner Wochenschrift „Der Arbeiter“, war vom Reichsgericht in Berlin wegen Verleumdung gegen den Reichspräsidenten zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte am 1. Juli 1926 einen Artikel veröffentlicht, der schwere Beschuldigungen der republikanischen Staatsform enthielt. „Niedrige Intelligenz“, so hieß es, „ist die ausschlaggebende Faktoren der Regierungsgewalt“. Das Reichsgericht hat das Urteil auf, da es in dem Artikel inhaltlich eine scharfe Kritik an der Staatsform aber keine formale Beleidigung erblicken konnte.

Die Beamtengehälter.

Berechtigter Kampf der Sozialdemokratie.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte am Montag die Beratung des Besoldungsgesetzes der Gruppe 10 fort. Sie umfaßt Gehälter von 1000 bis 2400 Mark. Abg. Steinfort (SoD) empfand, die Besoldungen in Gruppe 10, Oberamtsbeamten in Gruppe 9, Reichsbeamten in Gruppe 8, Reichsbeamten in Gruppe 7 und Oberamtsbeamten in Gruppe 6 einzureihen. Der Vertreter der Regierung widersprach diesen Forderungen. Nach einer längeren Erörterung über die Aufgaben der Beamtenschaft wurden die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt. Einem Antrag der Regierungsparteien entsprechend, sollen die am 30. September im Amte gemessenen nichtanwertemäßig vorgebildeten Telegraphenbeamten sowie die Oberpostbeamten und die Leitungsbeamten der Reichspostverwaltung behandelt werden. Bei Beratung der Gruppe 9 (Gehälter 1700 bis 2000 Mark) erfaßte eine Erörterung über die Besoldungsbeamten. Auf eine Anfrage des Abg. Steinfort, ob weibliche Angestellte in den Reichsämtern, die auf dauernd erforderlichen Dienstposten beschäftigt werden, in das Rentenverhältnis überführt werden sollen, erklärte die Regierung, dieser Forderung im allgemeinen nicht entsprechen zu können.

Februarwahlen in Polen.

Die Auflösung von Sejm und Senat.

Warschau, 21. November. Bisamministerpräsident Dr. Bartel beauftragte in einer am polnischen Reichstag gewählten Unterredung, daß Sejm und Senat am 28. November mit Ablauf der Legislaturperiode durch Regierungsbefehl aufgelöst werden. Die Neuwahlen würden dann im Februar stattfinden.

Rücktritt der belgischen Regierung.

Wegen der Herresvorlage. — Ausschaltung der Sozialdemokraten.

Brüssel, 22. November. (Ein. Drahtsch.).

Die belgische Regierung ist am Montag Abend nach einem dreitägigen Kabinettstrat zurückgetreten. In einem amtlichen Kommuniqué heißt es über den Gang dieser Sitzung, daß der Kriegsminister eine ausführliche Darstellung über die Militärfrage gab. Er schloß mit der Erklärung, daß es unmöglich ersehe, im Ministerkabinett eine einstimmige Beschlüsse, insbesondere über die Dienstzeit, herbeizuführen. Der Kriegsminister schloß deshalb vor, die Frage einer gemischten Kommission von Militärschreibern und Parlamentarier zu überweisen. Eine Einigung hierüber kam nicht zustande, so daß der Kabinettstrat geschlossen wurde. Der Antrag auf den Rücktritt des Kabinetts wurde von den sozialistischen Ministern gestellt, nachdem sie zuvor die Überweisung der Militärfrage an eine Kommission abgelehnt hatten.

Über die Vorgänge im Ministerkabinett, die zu dem Rücktritt führten, erzählt unser Brüsseler Korrespondent noch folgende Einzelheiten:

Die Besprechung der Militärfragen war verhältnismäßig kurz. Der Kriegsminister die Prozedur ließ sofort durchblicken, daß die Aufnahme der der von einer

Bereitsung der Dienstzeit auf 6 Monate beim Generalstab gefaßt habe, eine derartige sei, daß es ihm unmöglich war, eine Vorlage im entsprechenden Sinne zu unterbreiten. Der

Ministerpräsident Jaepers schloß sodann ein Kompromiß vor, das in Wirklichkeit kein Kompromiß war, nämlich die Überweisung des gesamten Fragenkomplexes an eine gemischte Kommission von Parlament und Sachverständigen. Diese sollte nicht nur die Frage der Dienstzeit, sondern auch das Problem der kriegstechnischen Änderungen der Bestimmungen und der Rades prüfen.

Die sozialistischen Minister wandten darauf sofort ein, daß diese verschiedenen Fragen ebenso gut durch das Kabinett selbst behandelt werden könnten, das es aber auf keinen Fall angängig sei, die Herabsetzung der Dienstzeit auf 6 Monate von einer vorübergehenden Einigung über die übrigen Militärfragen abhängig zu machen. Überdies bewies die Haltung des Generalstabes nur zu deutlich, daß dieser von einer jedsmöglichen Dienstzeit nichts wissen will. Jaepers Vorschlag war schon deshalb für die Sozialisten unannehmbar, weil er in die Bedingung geknüpft war, daß die vier sozialistischen Minister sich ausdrücklich verpflichten sollten, bis zur Beendigung der Arbeiten über die von ihm vorgeschlagenen gemischten Kommission keine Reden zu Gunsten der jedsmöglichen Dienstzeit im Camde zu halten.

Diese Zumutung lehnten die sozialistischen Kabinettsmitglieder entschieden ab. Daraufhin wurde der Rücktritt der Regierung beschlossen.

Daß die bürgerlichen Parteien mit diesem Ausgange im voraus rechneten, läßt sich schon daraus ersehen, daß Jaepers bereits im Laufe des Montag Abend Unterredungen mit den Führern des linken Flügels der katholischen Partei, der sogenannten Christlich-Demokraten, hatte, um mit ihnen über die Umbildung der Regierung zu verhandeln. Es heißt, daß er die Möglichkeit hat, an Stelle der vier Sozialisten zwei liberalen und zwei Christlich-Demokraten in die Regierung aufzunehmen.

Das jetzt zurückgetretene belgische Kabinett war eine Koalitionsregierung aus allen drei Hauptparteien des belgischen Parlaments. Die letzten Parlamentswahlen hatte folgende Zusammensetzung der Kammer: 78 Sozialdemokraten, 78 Katholiken, 78 Liberale, 78 Christlich-Demokraten, 23 Liberale, 23 Christlich-Demokraten und 2 Kommunisten. Es wurde zunächst eine Koalition gebildet, die nur die Sozialisten und den linken Flügel der katholischen Partei der Christlich-Demokraten umfaßte und zu der die Liberalen in kürzester und die übrigen Katholiken in laterer Opposition standen. Die große Wahranstöße im Frühjahr und Sommer 1926 ergab die Notwendigkeit, einer rechtsständigen Koalition, die nur durch eine Regierungskoalition auf breiterer Grundlage durchgeführt werden konnte. Die große Mehrheit der Sozialistischen Partei stimmte daher der Umbildung der Regierung in ein Kabinett der „nationalen Einigung“ zu. Dieses wurde am 17. Juni 1926 gebildet und es verblieben in dem von Katholiken Jaepers geleiteten neuen Ministerium vier Sozialisten, die Genossen Vandervelde als Außenminister, Hymans als Unterrichtsminister, Anciale als Eisenbahn- und Postminister und Batters als Wirtschafts- und Arbeitsminister.

Regierungsbildungs-Versuche.

Brüssel, 22. November, 10 Uhr morgens. (Ein. Funke). Ministerpräsident Jaepers begab sich in den Versammlungen zum König Albert, dem er den Rücktritt der Regierung unterbreitete. Es wird allgemein erwartet, daß Jaepers am Dienstag mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden wird. Er hatte noch am späten Abend eine Unterredung mit dem Führer der Christlich-Demokraten im Senat, dem Vater Kuetten, woraus allgemein geschlossen wird, daß die Bildung der katholisch-liberalen Regierung einseitig durch die Christlich-Demokraten gefördert ist. Allerdings lag das liberale Organ „Nederlandsche Vrijheid“ in seiner Sonderausgabe, daß zwei liberale Kabinettsmitglieder nicht genügen, weil dann das Verhältnis zwischen Katholiken und Liberalen 6 zu 4 wäre, so daß bei entscheidenden Fragen die Liberalen im Kabinett selbst überstimmt werden könnten. Es müßte Stimmengleichheit gefordert werden. (Dabei verfügen die Liberalen in der Kammer nur über 23 von insgesamt 187 Mandaten). Bis künftiger Außenminister an Stelle Vanderveldes wird der Liberale bisherige Finanzminister Hymans genannt.

Notstandsarbeiten und Notlandsarbeiter.

Der Winter steht vor der Tür und damit gewinnt die Frage der Notstandsarbeiten wieder erhöhte Bedeutung. Zwei Punkte sind es vor allem, die Arbeiter-Oberfläche lebhaft interessieren: die Darlehensbedingungen für die Arbeiter und die Rechtsverhältnisse der Notlandsarbeiter.

Die Darlehensbedingungen sollen, wie aus einem Erlaß des Reichsarbeitsministers hervorgeht, künftig härter und strenger gehandhabt werden. Für den Zinsfuß der Darlehen der vertriebenen Bauernfamilien 3 Prozent bestimmt. Ferner sind für Ausnahmefälle Tilgungsfristen bis zu 15 Jahren (ausweislich bis zum zweifünfteligen Jahre) zugelassen. Die zuständigen Stellen machen, nach der Mitteilung des Reichsarbeitsministers, von diesen Erleichterungen einen sehr ausgiebigen Gebrauch, der bei der heutigen Lage des Arbeits- und Geldmarktes nicht gerechtfertigt ist. Der Zinsfuß von 3 Prozent ist nur ganz ausnahmeweise und nur wirtschaftlich besonders schwachen Trägern zugubilligen. Auch die übrigen Erleichterungen dürfen nicht unerschöpflich angewandt werden, wie dies offenbar jetzt vielfach geschehe. Bei den gegenwärtigen eintägigen Arbeitsmarktsverhältnissen müßten die finanziellen Bedürfnisse des Reichs und der Länder wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden. Geschehe das nicht, dann werde der Reichsarbeitsminister die Förderungsbedingungen wieder allgemein verschärfen.

Die Rechtsverhältnisse der Notlandsarbeiter sind durch die Arbeitslosenversicherung nun geregelt worden. Während die Notlandsarbeiten bisher als Form der Gewerkschaftsarbeit betrachtet wurden, gelten sie nunmehr als im freien Arbeitsvertrag ausgeführte Arbeiten. Es finden also alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen grundsätzlich Anwendung, alle Arbeitsrechte sind in Kraft. Ausgenommen gelten also auch die Bestimmungen des Betriebsvertrages (Wahl des Betriebsrates, Entlassungsschutz), die Bestimmungen zur Arbeitszeiterordnung, der Betriebsstilllegungsverordnung und selbstverständlich alle Bestimmungen des Gewerbeordnung, des Handwerksbuchs, die Bestimmungen des Bürger-

lichen Gesetzbuches über den Arbeitsvertrag usw. Ebenso gilt für die Notlandsarbeiter das Arbeitsgerichtsgesetz, das heißt Streitigkeiten aus dem Notlandsarbeiterverhältnis sind vor dem Arbeitsgericht zu klären.

Da nach § 8 der Ausführungsverordnung des Arbeitsamts den Notlandsarbeiter überlassen muß, wenn es ihm eine Arbeit nachweisen kann, und da die Beschäftigung als Notlandsarbeiter sechs Monate innerhalb eines Jahres nicht überdauern darf, muß jedoch für den Arbeitsvertrag des Notlandsarbeiters eine Rechtsform gewählt werden, die seine Wiedereinstellung durch das Arbeitsamt beim Vorliegen der genannten Voraussetzungen ermöglicht. Es kommen z. B. auf Zeit abgeschlossene Verträge in Frage. Das Einzelprüfungsrecht nach § 84 BVO, gegen Bindungen seitens des Arbeitgebers und der besondere Schutz des § 86 BVO, für Betriebsratsmitglieder dürfen jedoch nicht beeinträchtigt werden. Dagegen gilt für die Notlandsarbeiter nicht unbeschränkt die Verordnung über Tarifverträge. Der Notlandsarbeiter kann also nicht unter allen Umständen den Art seiner Arbeit entsprechenden Tariflohn verlangen, sondern der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts kann eine obere Grenze für die Entlohnung der Notlandsarbeiter festsetzen oder bestimmen, welcher Tarifvertrag Anwendung finden soll. Unter welchen Voraussetzungen der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts eine solche Beschränkung des Lohnes der Notlandsarbeiter vornehmen darf, wird in den stehenden Richtlinien des Verwaltungsausschusses nicht bestimmt werden müssen. Für das Einzelprüfungsrecht gegen die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts findet § 190 Anwendung.

Ist durch den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts eine Begrenzung des Lohnes vorgenommen, so kann der Arbeiter die Annahme einer derartigen Arbeit nicht mit der Begründung des § 90, Abs. 2, Ziffer 1 ablehnen, daß für die Arbeit nicht der tarifliche oder im Beruf ortsübliche Lohn gezahlt werde. Der festgesetzte Lohn gilt in diesem Falle vielmehr als der tarifliche oder ortsübliche. Die übrigen Ablehnungsgründe des § 90 Absatz 2 gelten jedoch unter allen Umständen.

Im Zeichen der Abrüstung?

Paris, 22. November. (Eig. Funke.) Der Herrenauschuss der Kammer hat sich am Montag mit dem Nachtragsbudget befaßt. Bei dieser Gelegenheit erörtert man durch das „Echo de Paris“, daß sich bei diesen Nachtragsarbeiten eine Bestimmung befindet, die den Bau von Festungswerken an der deutschen und italienischen Grenze ermöglicht. Der Kriegsminister äußert das Recht, die Verteidigungsorganisation der französischen Grenze mit besonderer Dringlichkeit durchzuführen. Die Höhe der Kredite für diese Festungsarbeiten werden nicht angegeben.

Die Wiedervereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei

Ist durch eine am Sonnabend in Regensburg abgehaltene Sitzung der sogenannten Verständigungskommission weiter gefördert worden. Das Ergebnis der vertraulich geführten Konferenz läßt darauf hinaus, zwischen den beiden Fraktionen des Reichstags eine Arbeitsgemeinschaft herzustellen und den Wahltag im Jahre 1928 nicht gesondert, sondern gemeinsam zu führen. Durch die Arbeitsgemeinschaft soll die Selbständigkeit beider Fraktionen nicht berührt werden. Dieses Ergebnis soll nunmehr der endgültigen Entscheidung der zuständigen Parteivorstände unterliegen. Mit einer beiderseitigen Zustimmung ist bestimmt zu rechnen.

Der mexikanische General Aguilar hingerichtet.

Nach einer Meldung aus Laredo (Texas) befindet es sich, daß der General Oscar Aguilar in Mexiko hingerichtet wurde. Der Reichshof der Garnison von Laredo berichtet, daß Aguilar am Donnerstag nach Gefangen genommen wurde, als er sich aufmachte, den Grenzfluß Rio Grande an einer Furt zu überqueren. Er wurde gefangen, hätte er wohl entkommen können, wenn der Mann, dem er 500 Dollar gezahlt hatte, damit er ihn nach den Vereinigten Staaten geleite, ihn nicht verraten hätte.

Gewerkchaftliches.

Rechtschutz der Landarbeiter.

Wie der Deutsche Landarbeiter-Verband seinen Mitgliedern in allen schwierigen Lebenslagen Hilfe leistet und mit Rat und Tat zur Seite steht, zeigt die Ueberfahrt, die der Verbandsvorstand über die im ersten Jahrgang 1927 erzielten Rechtsstreitigkeiten ausgeführt hat. Eine Vertretung der klagenden und beklagten Mitglieder war in 3651 Fällen erforderlich. Von diesen konnten 1312 Fälle mit einem Erfolg für die Mitglieder beendet werden. Bei den übrigen 53 Fällen war ein Erfolg nicht zu erzielen. Der Gesamtwert der eingeleiteten Depuiten- und Geldbeträge beläuft sich auf 285 162 RM. Der Betrag würde noch höher sein, wenn alle, was die Organisation herausbringen konnte, in Schwereiten ausbränden ließe. Beteiligt waren an den 3651 Rechtsstreitigkeiten 12 125 Personen.

Der größte Prozentsatz der Streitfälle stellen die Lohnstreitigkeiten und die tariflichen Streitfälle dar. Aufzählend hoch ist auch die Zahl der Wohnungsraumverletzungen. An Entlassungs- und Kündigungsfällen waren 510 zu führen. Diese Zahl bezeugt das Verlangen der landwirtschaftlichen Unternehmer nach unbeschränktem Arbeitsmangel in der Landwirtschaft. Bemerkenswert ist auch der Kampf der landwirtschaftlichen Unternehmer gegen die Betriebsräte. In der Reichsjustiz hatte der Verband in 58 Fällen lediglich wegen Widerverstellung gefälliger Betriebsratsmitglieder zu klagen. In der Aufstellung von Betriebsräten liegt nach übereinstimmendem Urteil aller Verbandsorgane ein Verstoß gegen das Recht der intelligenten Landarbeiter mürbe machen und erreichen, daß die Arbeiter von ihrem Recht, einen Betriebsrat zu wählen, Abstand nehmen.

Die vom Deutschen Landarbeiter-Verband geleistete Rechtschutzleistung sollte auch dem letzten Landarbeiter zum Bewußtsein bringen, daß er gewerkchaftlich organisiert sein muß.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat in den ersten dreizehn Jahren 1927 in seinen Mitgliederbeständen sehr bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Die Mitgliederzunahme steigerte sich von Vierteljahr zu Vierteljahr, sie betrug im 1. Vierteljahr 14 983; im 2. Vierteljahr 20 296 und im 3. Vierteljahr 45 533. Mit dem 2. W. B. im Jahre 1927 einen Gesamtjahrgang von weit über 100 000 neuen Mitgliedern verbunden. Das ist die beste und würdevollste Antwort auf die Kampfanfrage der Schmelzeindustrie, die den sozialen Fortschritt mit Gewalt zu verhindern sucht; zugleich auch eine gute Vorbereitung für die nächsten Reichstagswahlen.

Soziales.

Ueberstunden-Mißwirtschaft.

Mit welcher Inhabung in manchen Betrieben die Ueberstundenmiswirtschaft erzwungen werden soll, zeigt u. a. ein Korruptionsersch, der in Riedenburg (Nied.) an dem Betriebsvorsitzenden Kraft bei der Firma Schieber & Co. (Färberei und Appretur, unternehmen wurde. Ueberlohn wurde Kraft nahegelegt, er solle sich für die Zulassung von noch mehr Ueberstunden einsetzen; man gab ihm dabei zu verstehen, es sei nicht sein Schaden, wenn er nachgibt. Als also Kante nicht wüßten, erstreckte sich der Oberprokurist Kraft bei einem Umfange von 50 000 Mark durch den Betriebsleiter Wolke dem Betriebsvorsitzenden 50 Mark zugunsten. Dieser machte daraufhin kurzen Prozeß; er rief die Betriebsvertretung zusammen und verbot sich energig derartige Lumpereien.

Aus der Partei.

Material über den Rapp-Putsch.

Das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sucht für eine Zusammenfassung und Veröffentlichung des Materials über den Rapp-Putsch (März 1920) sämtliche Schriften, Flugblätter, Urkunden, Protokolle usw., die den Putsch zum Material zusammenhängenden Kämpfe betreffen. Parteigenossen, die bearbeitetes Material besitzen, auch wenn es scheinbar nur lokale Bedeutung hat, werden gebeten, dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, davon Mitteilung zu machen. Entsendene Urkunden werden vergütet. Das Archiv ist auch für die teilweise Ueberlieferung von Material dankbar.

Der Parteivorstand.

Ludendorffs besonderer „Freund“.



General Groener.

Bei Kriegsausbruch Chef des Heeresstabes, später des Reichsamtens und im November 1918 Reichsleiter Ludendorffs als erster General-Quartiermeister, dem dann zusammen mit Hindenburg die gewaltige Aufgabe der Rückführung des Heeres oblag und nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst von 1920 bis 1923 Reichswehrminister war, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Der Jude als Wahlvorsteher.

Bei der Bürgerstimmwahl in Bremen am 13. November erregte sich in einem Wahllokal folgendes Formosum: Wahlvorsteher in diesem Lokal war zufällig ein jüdischer Geschäftsmann.

Ein Stahlblechler, die Insignien seiner Borniertheit auf der Brust, tritt zur Abgabe seiner Stimme an die Wahlurne heran, erkennt den jüdischen Geschäftsmann seiner Nachbarschaft hinter der Urne: „Unter einem jüdischen Wahlvorsteher wähle ich nicht!“ erklärt er laut und wütend und verläßt unter einer Drohgebärde das Wahllokal, ohne seine Stimme abgegeben zu haben.

Berfassungsreform in Frankreich.

Leon Blum Vorhänger.

Paris, 22. November. (Eig. Funke.) Am „Populaire“ veröffentlicht Leon Blum das Programm der sozialistischen Partei für die Verfassungsreform. Er verlangt vor allem, daß die Souveränität des Volkes insofern ihre praktische Gewissung findet, als in die Verfassung die allgemeine Volksabstimmung eingeführt werden muß. Man dürfe sich nicht mit einer ungewissen Verwechslung zwischen Parlamentarismus und politischer Demokratie begnügen. Gleichzeitig sollen die Rechte des Senats zunächst beschränkt und der Senat dann vollkommen abgeschafft werden. Die Sozialisten verlangen eine einzige allein verantwortliche Volksvertretung. Daneben müsse der Wirtschaftsrat gestärkt und sein Befehlen in die Verfassung aufgenommen werden.

Eine heisse Plette.

München, 21. November. (Eig. Drahtf.) In Bayern besteht seit einer Reihe von Jahren ein Wirtschaftsverband der katholischen Selbstorganisationsvereine, der seine Aufgabe in der Verbesserung oder Ergänzung des täglichen Bedarfs unter Aufrechterhaltung des Zwischenhandels erblickt. Die oberste Kirchenbehörde und besonders auch die Bayerische Volkspartei brachten in ihrer mitteilbareren Einstellung dieser Selbstorganisationsvereine den Geistlichen von Anfang an sehr wenig Verständnis entgegen, so daß sich Ende Februar mit einer unzeitigen Auflösung zu werden, daß die Geschäfte des Verbandes zu einem Defizit von rund 400 000 Mark geführt haben, so daß bereits der Direktor stilllos entlassen worden ist. Kriminelles Verschulden soll aber nicht vorliegen. Das Defizit wird lediglich auf falsche Kalkulation beim Ein- und Verkauf zurückgeführt.

Feldwebel und Schlächter.

Der Reichswehrminister.

Der auf jede monarchistische Umgestaltung seiner Reichswehr mit väterlicher Milde herabsehend, ist umso strenger, wenn republikanische Mächte mitleidig oder vermeintlich der Reichswehr zu nahe treten. Erst kürzlich ließ er den verantwortlichen Redakteur der „Reichswehr-Vollzeitung“ wegen eines Satzes über den Soldatenruhm in der Kinderbeilage vor Gericht zitieren. Jetzt hat er sich den Braunschweiger „Volksfreund“ vorgesetzt und gegen ihn Strafandrohung gestellt, weil er angeblich das Unteroffizierskorps der Reichswehr beleidigt hat. Die Braunschweigische Justiz hat dem Antrag natürlich stattgegeben und gegen den Verantwortlichen des Braunschweiger Organs der Sozialdemokratischen Partei ein Strafverfahren eingeleitet.

Der Vorfall liegt folgender Teilbestand zugrunde: Ein Knabenabzuchtshaus bei Frankfurt a. M. über hatte in der „Frankfurter Oberzeitung“ einen Erzieher getötet. In dem Artikel hieß es, der Gelehrte müsse hart und energig sein und harte Manneszucht halten, ehemalige Feldwebel oder Schlächter würden bevorzugt. Am „Volksfreund“ waren dieser Annonce einige pädagogische Betrachtungen angehängt worden, am Schluß folgte eine satirische Parallele zwischen Feldwebel und Schlächter. Da es sich in dem Artikel um ehemalige Feldwebel handelt, vermögen wir wirklich nicht einzusehen, daß das Unteroffizierskorps der Reichswehr beleidigt sein kann.

Abstriche an Gheffers Etat.

Der Reichsfinanzminister.

hat an dem Budget des Herrn Gheffers eine ganze Reihe von Abstrichen vorgenommen. Die Folge ist, daß man im Reichsfinanzministerium außerordentlich verstimmt ist. Der Reichsfinanzminister hat trotzdem über die Abstriche des Finanzministers hinaus noch eine ganze Reihe anderer Kosten gestrichelt. Dagegen hat das Reichsfinanzministerium unter dem Hinweis auf die Interessen der Landesverwaltungen entschieden protestiert. Eine Verständigung über die Abstriche konnte bisher zwischen den zuständigen Instanzen nicht erzielt werden, so daß sich jetzt das Reichsministerium mit diesem neuesten häuslichen Streit innerhalb seiner Mauern befaßen soll.

Die Reichspost will sparen.

Im Vermaltungsrat der Reichspost wurde erklärt, die Finanzlage habe sich gebessert, aber die Postdienstleistungen erfordere etwa 80 Millionen Mehrausgaben für das laufende Rechnungsjahr. Es bleibe eine ungedeckte Summe von 116 Millionen. Für diese müsse ein Ausgleich gesucht werden. Das Hauptmittel müsse man darin in einer weiteren Verkleinerung der Ausgaben erblicken. In erster Linie solle an Reuten, Telephonie, Telegraphie, Briefen usw. gespart werden. Der Rest solle dadurch gedeckt werden: 1. durch Veranschlagung der an das Reich abzuliefernden 70 Millionen Mark für 1927, 2. müsse man zur Deckung des Restes auf die Rückgaben zurückgreifen. Eine Entlaste werde geplant, aber nur in der äußersten Not wolle man sich an das Ausland wenden. Im Vordergrund der Bemerkungen liege eine Entlastungsmaßnahme. Diese sei zur Zeit jedoch unmöglich. Immerhin würden die Verhandlungen fortgesetzt. Man habe die Aussicht, in Clapen nach Bedarf zunächst 100 Millionen aufzunehmen. Es bestche die Aussicht, dieses Geld mit Hilfe der Reichsbank auch tatsächlich zu erhalten.

Frankenkassenwahl in München.

München, 21. November. (Eig. Drahtf.) Am Sonntag fand in München die Wahl des Ausschusses der Münchener Ortsfrankenkasse statt, der ein heftiger Wahlkampf zwischen den freien und den christlichen Gewerkschaften vorausging. Die letzte Wahl geht zurück bis in das Jahr 1913. Damals vertrieben die Christlichen 22 und die freien Gewerkschaften 38 Ausschussmitglieder zu erringen. Die jetzige Wahl brachte trotz der schlechten Wahlbeteiligung (50 Prozent) den freien Gewerkschaften einen großen Erfolg, indem sie 61 936 Stimmen und damit 13 Ausschussmitglieder erlangten. Die Christlichen erhielten dagegen nur 26 616 Stimmen bzw. 17 Vertreter. Dementsprechend geminnen die freien Gewerkschaften auch im Vorstand einen weiteren Sitz, während die Christlichen einen verlieren. Dieser Vorstand setzt sich nunmehr zusammen aus 10 freien Gewerkschaften und 4 Christlichen.

Kleine Chronik.

Mag Hermann-Neise.

Preisrichter der Gerhart-Hauptmann-Ausstellung.



Der Dichter Mag Hermann-Neise

wurde mit dem Preise der Gerhart-Hauptmann-Ausstellung ausgezeichnet. Er steht im 42. Lebensjahre und ist seit 21 Jahren literarisch tätig. Seine inhaltlichen Gebiete, Romane, Schauspiele und kritischen Aufsätze sichern ihm einen Ehrenplatz im jüngeren Schrifttum.

Verhaftung einer Geldfälscherbande.

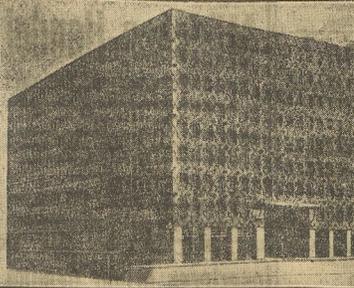
Den verurteilten Verhaftungen der Breslauer und Dresdener Kriminalpolizei ist es gelungen eine weitverbreitete Geldfälscherbande zu ermitteln, die sich vor allem mit der Herstellung falscher tschechischer Banknoten befaßte. Bisher wurden fünf Mitglieder der Bande verhaftet. Auf ihre Spur war man in Breslau gekommen, wo in einer Großstadt etwa 70.000 Tschechen, angeblich zu Einfälschen in Deutschland, in deutsches Geld eingewickelt wurden. Die Kronen gingen von der Breslauer Zentrale zur Bankzentrale nach Berlin und von dort zur Vernehmung nach Prag. Hier wurde die Fälschung festgestellt. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit führte auf die Spur des Dresdener Buchdruckers Köhler, der bereits wegen Fälschung von Zigaretten-Banknoten im Auftrag des Landesfinanzamts verurteilt worden war. Weitere vier Personen konnten wegen Beschäftigung mit Münzverfälschung verhaftet werden. Es handelt sich um einen 35 Jahre alten Lithographen Alfred Bährmann aus Colbitz, den 33 Jahre alten Kaufmann Johann Schmier aus Dresden, den 38 Jahre alten Viehhändler Emil Hartmann aus Gumnitz und einen 38 Jahre alten Landwirt Georg Dubselt aus Reuzen. Köhler, der im Jahre 1925 aus dem Justizhaus beurlaubt worden war, hatte zunächst in Gumnitz und später bei Dubselt eine Fälschwerkstatt eingerichtet.

Grafenecke als Kloake.

Wie in Preußen der Heidenbrand, so erregte in Ungarn der Prozeß des Grafen Zsigy Aufsehen. Die Zsigy sind eine der bedeutendsten Adelsfamilien Ungarns. Seit 1260 spielten sie im Leben des Landes eine Rolle und stifteten auch den Habsburgern wiederholt Kränze. Schon Zsigy war Vertrauensmann des letzten Habsburgers. Das Haupt eines Zweiges der Zsigy ist Graf Stephan Zsigy. Er hatte vor Jahren, um seine Frau zur Scheidung zu zwingen, gegen diese die Anklage erhoben, daß sie mit einer ungarischen Schriftstellerin ein verbotenes Verhältnis unterhalte, und seine Dienerschaft dazu veranlaßt, im Scheidungsprozeß seine Anklagen zu bestätigen.

Darum strengte Graf Zsigy und die Schriftstellerin gegen den Prozeß den Prozeß wegen Verleumdung zur falschen Zeugenaussage an. Auch die Zeugen Zsigy wurden vor Gericht gestellt. In den ersten zwei Instanzen war Graf Zsigy wegen Verleumdung zur falschen Zeugenaussage und Verleumdung zu einer schweren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Schließlich aber kam der große Einfluß der Zsigy zur Geltung, der Prozeß gelangte zur „königlichen Kurie“ und dort kam Kaiser Zsigy mit 14 Tagen Arrest und 800 Pengé Geldstrafe davon, wegen Verleumdung. Ein Kammerdiener des Grafen wurde wegen falscher Zeugenaussage und Verleumdung zu 10 Monaten Kerker und einer größeren Geldstrafe, ein zweiter Kammerdiener zu 6 Monaten Kerker, und ein Einbrennen aus dem Hause Zsigy wegen falscher Zeugenaussage und Verleumdung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der ganze Prozeß war hinter verschlossenen Türen durchgeführt worden. Vermutlich aus Befürchtung, wenn dem einfachen Volk der Gestalt in die Nase lechre, würde er nicht mehr einfließen.

Kälte und Hitze. Die außergewöhnliche, plötzlich einsetzende Kälte, deren unangenehme Wirkung durch einen starken Windstich noch erhöht wird, hat ihren Höhepunkt, soweit Deutschland in Betracht kommt, in Ostpreußen erreicht. Hier wurden in der Nacht vom Sonntag zum Montag Temperaturen bis zu 17 Grad Ritz festgestellt. Der Resten Deutschlands ist von dieser Kälte allerdings noch verschont. Von einer außergewöhnlichen Hitze herrscht in den südlichen Teilen der argentinischen Provinz Santiago. Hier wurden in den letzten Tagen Wärmegrade bis zu 45 Grad Celsius erreicht.



Das Modell des Neubaus „Sprintenpost“.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Im Schnee liegen gefesselte Jug.
Leipzig, 22. November. (Eig. Funkm.) In der Gegend von Leipzig hat im Laufe des Montag so starker Schnee, daß die schlaumste Personengruppe Berlin-Leipzig-München, der um 7.45 Uhr abends in Leipzig eintreffen soll, hinter Bitterfeld im Schnee liegen blieb und mit zweifelhafter Verpöpfung in Leipzig eintraf. Auch sonst unterliegt der Eisenbahnerfahr großer Störungen und Verspätungen.

Tatort beim Reichsländchen.
Berlin, 22. November. (Eig. Funkm.) In einem Verleumdungsprozeß, den das Präsidium des Reichsländchens gegen den Redakteur Berg vom Deutschen Bauernbund angetreten hatte, wurde am Montag der Nachweis geführt, daß der Reichsländchen durch abtrünnige Angestellte des Bauernbundes dessen Mitglieder zu sich herüberzulocken suchte und daß jedem Angestellten des Doppelte des Lohnes, das der Bauernbund zahlte, zugestanden wurde.

Streik in der Saar-Schmerindustrie.
Saarbrücken, 22. November. (Eig. Funkm.) Nach Ablehnung des Schiedspräsidenten in der Schmelzindustrie des Saargebietes hat am Montag der Streik begonnen. Sowohl in den Rüstingwerken

Eisen- und Stahlwerken in Böttlingen als auch in der Burbacher Hütte haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiterschaft der übrigen Werke wird sich dem Streik anschließen. In Frage kommen 35.000 Arbeiter.

Strafverurteilung für Kommunisten.
Paris, 22. November. (Eig. Funkm.) Vor dem Pariser Appellationsgerichtshof fanden am Montag mehrere Verurteilungen über Kommunisten statt, die vor einiger Zeit zu hohen Strafen verurteilt worden waren. Der Hauptfall war der des Abgeordneten Paulot, der wegen eines Artikels über China zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. In der Verurteilung wurde die Strafe auf 8 Jahre ermäßigt. Der Abgeordnete Martin erhielt fünf bis zu 20 Jahren Gefängnis. Auch in den übrigen Fällen wurden die Strafen ähnlich ermäßigt.

Die „Freiheit“ in Amerika.
London, 22. November. (Eig. Funkm.) In Denver im nordamerikanischen State Colorado kam es bei einer Kundgebung von Bergarbeitern, die seit einem Monat im Streik liegen, zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei drei Bergarbeiter getötet und 20 verwundet wurden.

Auf Wasserrad über den Kanal.

Von Calais nach Dover in 6 1/2 Stunden.



Reue Sward

hat auf einem Wasserrad eigener Konstruktion den Kanal von Calais nach Dover in 6 Stunden 13 Minuten überquert.

Das Glück aus der Ferne.

Das Saalestädtchen Raumburg hat seine Senation, die alle Gemüter erregt und alle Gesäpde beherzt. Der Ort ist zum Schimpf alle nicht allfälligen Wesensformen geworden. Im Mittelpunkt steht die 21 Jahre alte Fotografin Elisabeth Zepfeler. Sie ist Tochter in einer Kammerdienerin. Im des Einzel ihrer künftigen Beschäftigung etwas abwechselungsreicher zu gestalten, fügte sie einer Sendung nach Amerika einen Gruß aus der deutschen Heimat mit ihrer Adresse bei. Laßlich kam die Sendung in den Besitz eines Amerikaners in einem Boret von Newport. Die Freude über diesen Gruß eines deutschen Mädchens teilte vor allem der 28 Jahre alte Chauffeur Robert Freß, der Schwager des Empfängers, der vor sieben Jahren aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgewandert ist. Er erwiderte die Grüße und zwischen Raumburg und Newport einpaß sich ein Briefwechsel und ein Austausch von Photographien. Als der junge Mann des Bild des Mädchens aus Raumburg erhalten hatte, erwiderte er sich zu einer Fahrt nach der alten Heimat, hier sich die Bekehrung nicht lange auf sich warten, da die hierer Fotografinerinnen aus persönlich dem Deutschamerikaner gefiel. In kurzer Zeit wird die 21jährige, deren Vater Arbeiter im Bauwesen ist, ihrem Verlobten nach der neuen Welt folgen.

Die Jugend Berlins. Nach der Volkszählung vom 16. Juli 1925 gibt es in Berlin 114.286 Knaben und 114.289 Mädchen, also 228.575 schulpflichtige Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren. Die Zahl der 15 bis 16jährigen beläuft sich auf 62.067 Jungen und 64.613 Mädchen, zusammen also 126.680. Jugendliche im Alter von 17 und 18 Jahren gibt es in der Reichshauptstadt 140.464, und zwar 65.700 männliche und 74.704 weibliche. Von 18 bis 21 Jahren weiß die Statistik 104.431 männliche und 119.332 weibliche Jugendliche auf. Die Gesamtzahl der Jugendlichen von 15 bis 21 Jahren betrug danach bei der Volkszählung insgesamt 490.902, und zwar 232.258 männlichen und 258.644 weiblichen Geschlechts bei rund 4 Millionen Einwohnern Groß-Berlins.

Ries-Bürohaus in Hamburg.

Die herrliche Grundsteinlegung eines modernen Bürohauses „Sprintenpost“ fand kürzlich in Hamburg statt. Der gewaltige Bau bedeckt 2000 Quadratmeter Bodenfläche und ist mit 8500 Quadratmetern Büro, 9500 Quadratmetern Wohn- und 1650 Quadratmetern Garagenfläche geplant. Die Kosten stellen sich auf 4,5 Millionen Mark.

Was Generaldirektoren verdienen.

In den nächsten Tagen beginnt vor der Strafkammer des Landgerichts für die Verleumdungsprozedur gegen zwei Industriemagnaten, den Geheimen Kommerzienrat Dr. Gilmann und den Freiherrn v. Michael-Rauhin. Beide hatten sich im August 1924 wegen sittenwidriger Untreue vor dem erweiterten Schöffengericht in Erlangen zu verantworten. Das Urteil gegen Gilmann lautete auf neun Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 200.000 Mark. Michael-Rauhin wurde freigesprochen.

Die Verleumdungsprozedur in Fürth interessierte viele Kreise, weil sie die Finanzwirtschaft unserer großen Erwerbsgesellschaften in einem eigenartigen Licht erscheinen lassen wird. Gilmann war Generaldirektor der dem Inag-Konzern angehörenden 49 Gesellschaften. Die Inag stellt den größten elektro-mechanischen Konzern in Deutschland dar und bezog ein Nettogehalt von nicht weniger als 400.000 Mark pro Jahr. Dessen bestand er es, sich von den ihm unterstellten Gesellschaften noch weitere bedeutende Beträge „auf dem Teller“ zu lassen. So ergab sich eine Gehaltsbezüge durch außerordentlich hohe Spesen. Aus Wirtschaftskreisen, die ohne Genehmigung des Aufsichtsrats vorgenommen wurden, erzielte er einen Gewinn von 61.000 Mark. Für sein Schloß am Starnberger See, das 23 Zimmer enthielt, lieferte eine Firma des Inag-Konzerns gratis Schreinerarbeiten im Werte von 145.000 Mark. Seine Waststellung als Generaldirektor und Organisationschef der Gesellschaften wurde Gilmann außerdem dazu aus, sich durch den Aufsichtsrat außerordentlich hohe Zulagen machen zu lassen. In 17 Fällen sind ihm je nach 722.000 Mark zugeflossen. Für seine Dienstwohnung erhielt er allein 52.000 Mark.

Als es galt, Gilmann zu belegen, schloß man, um die Verleumdungen nicht bekannt werden zu lassen, mit ihm einen Vertrag, wonach er sich verpflichtete, 23 Millionen Stammpfennige zurückzugeben. Dafür bligte man ihm auf die Dauer von 10 Jahren eine Rente in Höhe von jährlich 50.000 Mark zu. Der Handel wurde durch Veröffentlichung der sozialdemokratischen Presse beendet. Daraufhin griff der Staatsanwalt ein und ließ Gilmann verhaften.

Die Verhandlungen in Fürth werden diesmal vier Wochen dauern und manche Liebertragung bringen, die geeignet sind, die Wirtschaftsführung unserer großen Trusts zu kennzeichnen!

Verhaftung eines Bleichroder. In Dresden wurde dieser Tage der Baron Edgar von Bleichroder aus Berlin festgenommen und die Unterhändlerhaft über ihn verhängt. Die Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit einer Kindesentführung. Der Schwager des Verhafteten, Julius von Bleichroder, war seit etwa 10 Jahren mit dem Kaufmann Herchel im Weissen Hirsch in Dresden verheiratet. Seit dem Frühjahr lebte das Ehepaar jedoch getrennt, wobei das aus der Ehe herorgegangene Kind, ein Knabe von 3 1/2 Jahren, der Schutz des Vaters unterstand. Auch nachdem die Ehe geschieden worden war, blieb das Kind durch Gerichtsbeschluss dem Vater zugesprochen. Da die Mutter auf gültigem Wege eine Überlieferung des Kindes nicht erlangen konnte, schritt sie zur Entführung. Anfang September fehlten das Kinderfräulein und der Knabe von einem Spaziergang nicht mehr zurück und sind seitdem vermisst. Es steht fest, daß sie zusammen mit Frau Herchel ins Ausland geflohen sind. Der Vater des Knaben erstattete wegen die geflüchtete Frau und das Kinderfräulein Anzeige wegen Kindesentführung. Am Bande der Unterführung stellte sich heraus, daß der Bruder der Frau, Edgar von Bleichroder, bei der Entführung beteiligt war und alle drei in einem Restwagen nach Paris geflohen sind. Edgar von Bleichroder weigert sich einzulassen, irgendeine Auskunft über den Aufenthalt seiner Schwester und des Kindes zu geben.

Strafplan. Am Mittwoch wird auf der Gletthier Wollmannter des Einbruchs-Motivschiff „Erone“ zu Wasser gelassen werden. Das für den Norddeutschen Lloyd gebaute Schiff hat eine Länge von 151,50 Metern, einen Bruttoraumgehalt von 8000 Registertonnen und eine Befähigung von etwa 11.500 Tonnen. Die „Erone“ ist mit Eisverförmung gebaut. Zum Antrieb dient ein doppelwirkender 6-Zylinder-Dieselmotor, der dem Schiff bei voller Bedienung eine Geschwindigkeit von mehr als 13 Seemeilen in der Stunde verleiht.

Eine Gemeinde ohne Gemeindeführer. In Langmaltersdorf in Schlefien (Kreis Waldenburg) gibt es, obwohl die Gemeinde in unmittelbarer Berührung mit dem Waldenburger Schmelzwerk steht, noch kein Gemeindeführer. Bis die sozialdemokratischen Gemeindeführer diesem im 20. Jahrhundert auch in einem Dorf fühlbaren Mangel durch einen Beschluß der Gemeindevertretung abheben wollten, wurden sie von der bürgerlichen Mehrheit, die diese Einrichtung offenbar als überflüssig ansah, überstimmt.

Die kirchliche Trennung des Ehepaars Hofkoff. Im Balais Schaumburg in Bonn wurde am Montag nachmittags die kirchliche Eingetragung der am Sonntag geschlossenen Ehe des Russen Hofkoff mit der ehemaligen Prinzessin von Schaumburg-Lippe, der Schwester des letzten Kaisers, durch den ersten Beistehenden der russischen Kirche in Wiesbaden nach griechisch-orthodoxem Ritus vollzogen. An der Feier nahmen nur etwa 30 Personen teil.



Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 22. November.

Dunkle Tage.

Es will nicht mehr so recht hell werden. Die Sonnenscheibe hat sich vertrieben, und seit Tagen lagert der Himmel tiefer über...

Der Fleischkonsum in Preußen.

Eine Statistik der Viehschlachtungen.

Nach den in der Statistischen Korrespondenz veröffentlichten Ergebnissen der Schlachttier- und Fleischschau Preußens in den ersten neun Monaten 1927 wurden geschlachtet: rd. 930 000 Stück Rindvieh, darunter nahezu 500 000 Küber, ferner 400 000 Schafe...

Eine Zusammenfassung der Viehschlachtungen in den ersten drei Vierteljahre 1927 läßt den Stand der Fleischversorgung aus inländischen Schlachtungen in Preußen im Vergleich mit den Vorjahren erkennen.

Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Rindviehschlachtungen 1927 höher ist als im Vorjahre nicht erfaßt hat; es sind insgesamt 144 000 Stück weniger geschlachtet worden als im Vorjahre.

Aus dem Vergleich dieser Schlachtungen mit denen von 1915 ergibt man weiter, daß 1927 im Vergleich mit 1915 weniger Rindvieh geschlachtet wurde als 1913.

Die Zahl der in den ersten drei Vierteljahre 1927 geschlachteten Schafe ist um 162 000 Stück geringer als die von 1913.

war ein verhältnismäßig geringer Unterschied von 19 000 Stück zu Gunsten 1927, doch trifft hier das bezüglich der Rindviehschlachtungen Gesagte in noch größerem Umfange zu, da in der geringeren Vergleichszeit von 1913 die zahlreichen Hausfleischungen nicht enthalten sind...

Befreiung von Schulen mit Rindfleischgerät. An letzter Zeit ist Klage geführt worden über Mängel bei Befreiung von Schulen mit Rindfleischgerät...

Ausbildung der Referendare bei den Jugendgerichten. Im Bezirk eines Oberlandesgerichts ist vorgehoben, daß die Richter des Jugendgerichts die ihnen zur Ausbildung übermittelten Referendare gelegentlich zu Sitzungen des Jugendamtes mitnehmen und sie...

Blindenvereine. Die Direktion der Provinzial-Blindenanstalt zu Halle a. S. bittet um Aufnahme folgender Geistes-Blinden...

Die Direktion der Provinzial-Blindenanstalt zu Halle a. S. bittet um Aufnahme folgender Geistes-Blinden...

Dr. Kautsky-Wien

spricht heute Dienstag, 22. Novbr., abds. 8 Uhr in einer öffentl. Versammlung der SPD. im „Elysium“ zu Ha. berstadt. Massenbesuch wird erwartet

Meister Sondermann.

Roman von Arthur Japp.

40. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)
„Wollen Sie nicht Platz nehmen, mein verehrter Herr Sondermann, oder —“ ein allerliebstes, verträgliches Mädchen verhielte sich noch die antwortenden Züge der Sprechenden — „würden Sie mir erlauben, Sie Japp zu nennen?“

überlegenes Mädchen züchte um die Rundmündigkeit der Sprechenden.
„Sie halten mich wirklich für sehr naiv. Ich bin leider nicht mehr ganz so jung, wie Sie annehmen scheinen. Ich kenne das Leben schon ein wenig und unter jungen Jüngern. Und — wie gesagt, ich mache mir nicht das Recht zu, meinem Verlobten Vorhaltungen zu machen über das, was vor mir gemeldet ist.“

Seine Hände ballten sich unwillkürlich und ein heißer Zorn stieg in ihm auf, während er sich den getrennten Zwillingshänden und dem Sohn statgebenden Autorität vergegenwärtigte.
„Echon wie der alterierte böse Gewissen habe er dageschrien, ohne auch nur zu vermerken, seine schändliche Handlungsweise zu entschuldigen oder sich im geringsten zur Wehre zu setzen.“

(Fortsetzung folgt.)

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Belegpreis halbjährlich 1,20 Mark, einjährlich 2,40 Mark, einschließlich Porto. Einzelhefte 10 Pfennig. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen. Druck: Druckerei des Harzer Volksboten, Wernigerode. Verantwortlich: Richard Witzke. Redaktion: Wernigerode, Markt 1.

Belegpreis halbjährlich 1,20 Mark, einjährlich 2,40 Mark, einschließlich Porto. Einzelhefte 10 Pfennig. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen. Druck: Druckerei des Harzer Volksboten, Wernigerode. Verantwortlich: Richard Witzke. Redaktion: Wernigerode, Markt 1.

Nr. 274.

Mitwoch, 23. November 1927.

2. Jahrgang.

Stresemann in Braunschweig.

Am kommenden Sonntag finden in Braunschweig Landtagswahlen statt. Das ist vielleicht auch ein Grund mit dafür gegeben, daß der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei dort gestern zusammengetreten ist, um zu den politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Eine besondere Bedeutung hatte diese Veranstaltung dadurch, daß Stresemann selbst in höchst eigener Person erschienen war, und sich zu den lebendigen Fragen der Reichspolitik äußerte.

Für die Volkspartei ist die Schulfrage eine der heikelsten. Schließlich untersteht sich die Deutsche Volkspartei von der deutschnationalen doch nur dadurch, daß sie in Schlußfolgerungen nicht die Kinder des Volkes nur so viel Bildung brauchen, wie zum Weitergehen notwendig ist. Die Partei der Schwerindustrie weiß sehr wohl, daß von einem intelligenten Arbeiter aus wesentlich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt abhängt. Immerhin muß die Volkspartei, wenn sie es mit ihrem Koalitionsgenossen nicht verderben will, auch auf die reaktionären Wünsche des Zentrums und der Deutschnationalen Rücksicht nehmen.

Zu diesem Zweck hat der Zentralvorstand in Braunschweig gestern eine Entschließung zurechtgedrückt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Deutsche Volkspartei auf der Grundlage der Weimarer Verfassung für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens eintritt und gemäß ihrer auf dem Schöpfer der Verfassung, 1919 vornehmlich festgelegten Grundzüge die Durchführung folgender Grundzüge erstrebt:

1. Anerkennung des Wertes der Simultanlehre, seine konfessionelle Verengung, weil davon eine Verschärfung der konfessionellen Gegensätze durch eine indirekte Förderung der weltlichen Schule zu befürchten ist, unbedingte Erhaltung der Bekenntnisschule in den Simultanländern, Schaffung einer zweiten christlichen Schulform durch die christliche Gemeindegliederung, berufliche Stärkung des Besseren christlichen Schulbetriebs, das nicht nur keine Zwangsschulen erfordert werden dürfen, sondern auch möglichst die bestehenden eingeschränkt und eine weitere Steigerung unserer Bildungshöhe ermöglicht wird. Mitarbeit der Gemeinden bei Antragsverfahren schon aus finanziellen Gründen.

Dem entsprechend stellt die Deutsche Volkspartei folgende fünf Forderungen auf:

1. Neben Erhaltung der konfessionellen Bekenntnisschule in ihrer geschichtlich gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultanlehre.
2. Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Schule an die christliche Simultanlehre.
3. Erhaltung der Weimarer Verfassung jeden Versuch einer konfessionellen Bereinigung des gesamten Unterrichtes in der Bekenntnisschule.
4. Unbedingte Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme eines Schulverbandes.
5. Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates auch für den Religionsunterricht.

Zum Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nur einem Geheiß zustimmt, daß den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht.

Diese Entschließung macht den Epigonen der Fraktion Drehscheibe alle Ehre. Das mag selbst auch Stresemann fühlen, der gestern Abend in einer Wahlversammlung in Braunschweig erklärte, daß man den Beschlüssen des Zentralvorstandes zum Reichstagsgeheiß wieder nachgehen werde, sei es vollstaparteilich. Die Partei entscheide sich, so fügte Stresemann hinzu, weder allein für die Konfessionsschule, noch allein für die Simultanlehre.

In anderen Worten, sie sucht es Allen recht zu machen, was befähigt man's daneben geht. Im Bildungsausfluß des Reichstages haben sich ebenfalls die Vertreter der Deutschen Volkspartei alle Regungen einer freien Schule mit Zentrum und Deutschnationalen zusammen niedergelassen und sich im Interesse der Koalition um das nationale und liberale Bildungsideal „Rudolf von Bennigsen“ wenig gekümmert. Trotz aller schönen Erklärungen werden sie nach wie vor für die Wegweiser eintreten.

In Braunschweig spielt befähigt der „Stahlhelm“ eine ganz besondere Rolle. Damit nicht gesagt sein soll, daß wirklich Machverhältnisse hinter ihm stehen. Bei der vorigen Landtagswahl konnte der „Stahlhelm“ das Resultat allerdings noch wesentlich beeinflussen. Inzwischen ist aber unter der glorieösen Führung des Herrn Lohmann eine Spaltung eingetreten, die dazu geführt hat, daß sich die „Frontkämpfer“ nicht bekämpfen.

Sie haben alle vollständig auch in Braunschweig nichts mehr zu melden. Trotzdem haben sie sich an die sämtlichen „nationalen“ Parteien gemacht mit der Anfrage, wie sie zum Damesorger Landtag und der ganzen Stresemann'schen Außenpolitik finden, die von ihnen lebenfallsig bejaht würde. Die Deutschnationalen in Braunschweig haben dem Stahlhelm natürlich eine zuletzte Antwort gegeben, obwohl die deutschnationalen Minister im Reichstag täglich gegen sämtliche Stahlhelmforderungen verfahren.

Zu dieser Sache befragte sich gestern Abend Stresemann auch in der Braunschweiger Wahlversammlung. Er meinte, daß es ein unfünftiges Betragen wäre, sich von der bisherigen Außen-

politik abzuwenden. Wenn die Deutschnationalen Braunschweigs dem Stahlhelm mitgeteilt hätten, daß sie die Bedingungen des Braunschweiger Stahlhelms anerkennen, so befänden sie sich damit in großem Widerspruch zu ihrer Reichsparteileitung, denn, wenn die Deutschnationalen seiner — Stresemann — Außenpolitik nicht zugestimmt hätten, dann lägen sie gar nicht in der Koalition.

Über den Bestand der Regierungskoalition erklärte Stresemann: „Der Jahre für ich Ministerpräsident drei Jahre lang hatten wir Maßnahmen eine Krise. Ob diese Koalition bis an das Ende des Reichstages bestehen bleibt, vermag niemand zu sagen. Gemächlich kommt zu Maßnahmen die Krise. Die Ehe mit den Deutschnationalen ist keine Liebeshe, sondern eine Verunsicherung und 25 Jahre lang wird sie sicher nicht dauern.“

Vielleicht wird diese Ehe noch nicht einmal mehr ein Jahr dauern, denn selbst Stresemann sprach zum Schluß die Ansicht aus, daß vorzeitige Neuwahlen zum Reichstage nicht ausgeschlossen seien.

Aus dieser Redezeitung möge man erkennen, wie notwendig es ist, sich jeden Tag sorgfältig zu halten.

Die Republik darf be'dimpft werden.

Entscheidung des Reichsgerichts.

Leipzig, 22. November. (Eig. Funfm.). Der Chefredakteur der Berliner Morgenzeitung, Paul Dörmann, war vom Reichsgericht in Berlin wegen Verleumdung gegen das Republikationsgesetz zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte am Freitag, 19. November, einen Artikel veröffentlicht, der die Verhältnisse der republikanischen Staatsform enthielt. „Niedrige Anstufung“, so schrieb er, „ist die ausführenden Stellen der Regierungsmacht.“ Das Reichsgericht hob das Urteil auf, da es in dem Artikel lediglich eine scharfe Kritik an der Staatsform, aber keine formale Verleumdung enthalten konnte.

Die Beamtengehälter.

Berechtigter Kampf der Sozialdemokratie.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte am Montag die Beratung des Besoldungsgesetzes bei Gruppe 10 fort. Sie umfaßt Gehälter von 1600 bis 2400 Mark. Abg. Steinbock (Eos) empfiehlt, die Maßregeln in Gruppe 10, Obermaßregeln in Gruppe 9, Maßregeln in Gruppe 8, Maßregeln in Gruppe 7 und Obermaßregeln in Gruppe 6a einzuführen. Der Vertreter der Regierung widersprach diesem Vorschlag. Nach einer längeren Erörterung über die Aufgaben der Beamtenspezifika wurden die sozialdemokratischen Forderungen abgelehnt. Einem Antrag der Regierungspartei entsprechend, sollte die am 30. September im Amt gemessenen nichtanwertemäßig vorgebildeten Telegraphenberufsausschreier wie die Oberpostbeamten und die Leitungsangestellten wie die Postbeamten behandelt werden. Bei Beratung der Gruppe 9 (Gehaltsstufe 1700 bis 2600 Mark) entnahm sich eine Erörterung über die Rangstufen. Auf eine Anfrage des Abg. Steinbock ob weibliche Angestellte in den Reichsministerien, die bei dauernd erforderlichen Dienstposten beschäftigt werden, in dem Verhältnis überführt werden sollen, erklärte die Regierung, dieser Forderung im allgemeinen nicht entsprechen zu können.

Februarwahlen in Bo'en.

Die Auflösung von Sejm und Senat.

Warschau, 21. November. Abgeordnetenvorstand Dr. Bartel befragte in einer Sitzung der Reichstagsfraktion gewählten Unterredung, daß Sejm und Senat am 28. November mit Ablauf der Legislaturperiode durch Regierungsbefehl aufgelöst werden. Die Neuwahlen werden dann im Februar stattfinden.

Rücktritt der belgischen Regierung.

Wegen der Heeresvorlage. — Ausschaltung der Sozialdemokraten.

Brüssel, 22. November. (Eig. Drahtf.).

Die belgische Regierung ist am Montag Abend nach einem dreitägigen Kabinettsrat übergeben. In einem amtlichen Kommuniqué heißt es über den Gang dieser Sitzung, daß der Kriegsminister eine ausführliche Darstellung über die Militärfrage gab. Er schloß mit der Erklärung, daß es unmöglich erscheine, im Ministerrat einen einstimmigen Beschluß, insbesondere über die Dienstzeit, herbeizuführen. Der Kriegsminister schloß deshaß vor, die Frage einer gemischten Kommission von Ministern und Parlamentariern zu überlegen. Eine Einigung hierüber kam nicht zustande, so daß der Gesamtrücktritt beschlossen wurde. Das Kabinettsrat wurde von dem Rücktritt der Sozialdemokraten abgelehnt, nachdem sie eine Kommission ab-

Daß die bürgerlichen Parteien mit diesem Ausgange im voraus rechneten, läßt sich schon daraus erkennen, daß Solpar bereits im Laufe des Montag Abend Unterredungen mit den Führern des linken Flügels der katholischen Partei, der sogenannten Christlich-DEMokraten, hatte, um mit ihnen über die Umbildung der Regierung zu verhandeln. Es heißt, daß er die Ansicht hat, an Stelle der vier Sozialisten zwei Kleriker und zwei Christlichdemokraten in die Regierung aufzunehmen.

Das jetzt zurückgetretene belgische Kabinettsrat eine Koalitionsregierung aus allen drei Hauptparteien des belgischen Parlaments. Die letzten Parlamentswahlen hatte folgende Zusammensetzung der Deputiertenkammer ergeben: 78 Katholiken, 78 Sozialdemokraten, 23 Liberale, 6 Mitglieder der flämischen Frontpartei und 2 Kommunisten. Es wurde zunächst eine Koalition gebildet, die nur die Sozialisten und den linken Flügel der katholischen Partei der Christlichdemokraten umfaßte und zu der die Liberalen in schärfster und die liberalen Katholiken in lauter Opposition standen. Die große Währungsreform im Frühjahr und Sommer 1926 ergab die Notwendigkeit, einer reichhaltigen Sanierungspolitik, die nur durch eine Regierungskoalition auf breiter Grundlage durchgeführt werden konnte. Die große Mehrheit der Sozialistischen Partei stimmte daher der Umbildung der Regierung in ein Kabinettsrat der „nationalen Einigung“ zu. Dies wurde am 17. Juni 1926 gebildet und es verblieben in dem vom Katholiken Solpar geleiteten neuen Ministerium vier Sozialisten, die Genossen Vandervelde als Außenminister, Hymans als Unterrichtsminister, Hymans als Finanzminister und Postminister und Bauers als Wirtschafts- und Arbeitsminister.

Regierungsbildungsversuche.

Brüssel, 22. November, 10 Uhr morgens. (Eig. Funfm.). Ministerpräsident Solpar begab sich in dem Abendstunden zum König Albert, dem er den Rücktritt der Regierung unterbreitete. Es wird allgemein erwartet, daß Solpar am Dienstag mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden wird. Er hatte nach dem späten Abend eine Unterredung mit dem Führer der Christlichdemokraten im Senat, dem Pater Ruyten, voraus allgemein geschlossen wird, daß die Bildung der katholisch-liberalen Regierung einseitig durch die Christlichdemokraten gefördert ist. Allerdings sagt das liberale Organ „Independance Belge“ in seiner Sonderausgabe, daß eine liberale Kabinettsmitglieder nicht genügt, weil dann das Verhältnis zwischen Katholiken und Liberalen 6 zu 4 wäre, so daß bei entscheidenden Fragen die Liberalen im Kabinettsrat stets überstimmt werden könnten. Es müßte vielmehr mindestens gefordert werden. Dabei verließen die Liberalen den Kabinettsrat nur über 23 von insgesamt 187 Mandatären. Als fünftägiger Außenminister an Stelle Vanderveldes wird der liberale bisherige Finanzminister Hymans genannt.



keine Reden zu Gunsten der sechsmonatigen Dienstzeit im Lande zu halten. Diese Zumutung lehnten die Sozialistischen Kabinettsmitglieder entschieden ab. Daraufhin wurde der Rücktritt der Regierung beschlossen.